

Spital profitiert von strittigen Rabatten

Das Zürcher Seespital erhält hohe Vergünstigungen für Prothesen. Der eingesparte Millionenbetrag wird angeblich an Patienten und Kassen vorbeigeschleust



Das Seespital in Horgen arbeitet eng mit einem Hersteller von künstlichen Hüft- und Kniegelenken zusammen.

Andreas Schmid

Die Direktion des Seespitals mit Standorten in Horgen und Kilchberg nahe Zürich hat mit einem Hersteller von Hüft- und Knieprothesen einen vorteilhaften Vertrag ausgehandelt. Das Spital verwendet vorwiegend Produkte dieser Firma und erhält dafür offenbar grosszügige Rabatte. Für ein Implantat mit einem Listenpreis von 4500 Franken soll das Spital laut Eingeweihten nur rund 2700 Franken – 60 Prozent des Preises – bezahlen.

Solche Verträge sind nichts Aussergewöhnliches. Unüblich sei aber, wie das Seespital die Vergünstigungen abrechne, sagen diese Quellen. Sie stört, dass die Rabatte weder ausgewiesen noch an Patienten und Versicherer weitergegeben würden. Diesen verrechne das Spital die Listenpreise für die Implantate.

Hinweise darauf bestätigen interne Protokolle und Mails zu Sitzungen des Seespital-Ärztelkollegiums, die der «NZZ am Sonntag» vorliegen. Demnach vergütet die Firma die Rabatte erst im Nachhinein; das Spital zahlt zuerst den vollen Listenpreis und erhält später Rückzahlungen für die verwendeten Produkte.

Ein Arzt, der nach einer Sitzung vom Frühling 2016 Erkundigungen über den Zusammenarbeitsvertrag einholte, schrieb damals in einer Mail: Seine Kon-

taktaufnahme mit der Firma habe ergeben, dass «in zwei Tranchen bereits 652 000 Franken ans Seespital ausbezahlt worden sind».

Auf Anfrage sagt jetzt ein anderer Orthopäde dazu, er habe sich dieser Praxis verweigert, «weil damit verbotene Kickbackzahlungen erfolgen». An einer Präsentation sei den Belegärzten das System erläutert und ihnen empfohlen worden, die Implantate dieser Firma zu verwenden.

Es geht um viel Geld

Laut Insidern sollen die gegenüber den Listenpreisen eingesparten Kosten für die Prothesen von 2013 bis 2019 zwischen zwei und

drei Millionen Franken ausgemacht haben. Angeblich, ohne dass Patienten und Krankenversicherer ebenfalls davon profitiert hätten.

Seespital-Sprecherin Melanie Roche widerspricht dieser Darstellung: Es treffe zu, dass ein Vertrag mit dem Hersteller orthopädischer Produkte bestehe, doch dieser sei rechtmässig und entspreche den Standards in der Branche. «Wir gehen davon aus, dass gleiche oder ähnliche Verträge auch mit anderen Spitalern bestehen», hält Roche fest. Die Abrechnungen mit den Krankenkassen erfolgten korrekt. Dass mit Rückzahlungen operiert wird,

begründet Roche damit, dass die Höhe der Rabattbeträge von verschiedenen Faktoren abhängig und deshalb nicht im Voraus bekannt sei. Eine Sprecherin des Prothesenherstellers will sich nicht zu Details des Vertrags mit dem Seespital äussern.

Patrick Holzmann, der Präsident der Zürcher Gesellschaft für Orthopädie, ist als Belegarzt unter anderem auch am Seespital tätig. Er sagt, in die finanziellen Beziehungen zwischen Seespital und dem Prothesenhersteller sei er nicht involviert.

Er selbst arbeite seit mehr als zwanzig Jahren mit der Firma zusammen. Holzmann betont:

«Jegliche Entgegennahme von Kickbacks ist für Ärzte verboten, das ist für mich absolut tabu.»

Rabatt gehört Patienten

Ein juristisches Gutachten zu medizinischen Rabattierungssystemen bestätigt das: «Grundsätzlich müssen Rabatte auf irgendeine Weise am Schluss einen Vorteil für den Patienten bieten und sozusagen an diesen zurückfliessen.» Laut Gesetz müssten Spitaler aus Vergünstigungen erzielte finanzielle Vorteile den Prämienzahlern weitergeben.

Unklar ist, ob dies auch für Pauschalvergütungen gilt. Ein Arzt sagt, für Implantate würden

im Tarifsysteem Pauschalen vergütet, weshalb die Prothesenpreise für Patienten und Kassen gar nicht zentral seien. Dem widerspricht ein Krankenkassen-Experte: «Auch im Pauschal-System gehören die Rabatte dem Prämienzahler.» Das gesparte Geld dürfe nicht in die Tasche von Ärzten oder Spitalern fliessen. Wenn nicht der wahre Einkaufspreis für ein Implantat deklariert werde, sichere sich ein Spital einen zu hohen Tarif für den Eingriff.

Das Seespital weist dies zurück: Man rechne nach den Vorschriften ab, und Vergünstigungen kämen den Patienten sowie den Kassen zugute, betont Sprecherin Melanie Roche. Trotz diesen Beteuerungen sind Krankenkassen aufgrund von internen Informationen aus dem Spital hellhörig geworden und wollen nun die Rabattpraxis überprüfen.

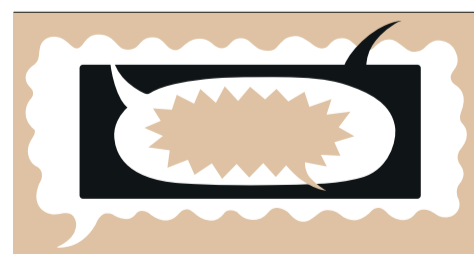
Eine Nachricht, die für neue Unruhe sorgen dürfte, nachdem das Spital bereits vor einigen Tagen von sich reden machte, indem es die Aufgabe des Standorts Kilchberg auf 2025 bekanntgab.

Umstrittene Vergünstigungen seien nicht nur in Spitalern, sondern auch bei Ärzten und Labors weit verbreitet, sagt Christina Wettstein vom Versicherer CSS (siehe Text links). Der Kasse lägen diverse Hinweise vor, dass nicht nur Rabatte gewährt, sondern auch Kickbacks und Naturalleistungen entrichtet würden.

wurden in einem geheimen Vertrag vereinbart und den Kassen verschwiegen. Deswegen sei ein Strafverfahren hängig, sagt Wettstein. «Da haben wir erfahren, dass diese Praxis im Markt üblich sei.» Das treffe nicht nur auf Labors zu, sondern sei auch beim Einkauf von Medikamenten gang und gäbe.

Carmen Hunkeler von der Krankenkasse Swica hält fest, Rabatte müssten grundsätzlich weitergegeben werden. Bei Pauschalen habe ein Spital solche in der Betriebsrechnung auszuweisen. (asc)

Locher Ruedi und die Tarnkappen



Showdown
Stefan Bühler

Kürzlich sassen wir bei uns am Stammtisch im «Bären» und stricken Tarnkappen für den Bundesrat. Denn niemand kann den Wert einer Tarnkappe besser einschätzen als wir unteren Gürbetal: Zwar weiss die ganze Schweiz, dass es uns gibt, doch niemand hat eine Ahnung, wo man uns findet, was wir

den Tag hindurch tun, geschweige denn, wie viele Agrarsubventionen wir jedes Jahr kassieren. Es existieren weder Postkarten noch Bildbände über das untere Gürbetal, selbst unser weltberühmter Surchabis gerät immer mehr in Vergessenheit. «Wir liegen unter dem Radar», sagte Locher Ruedi, unser Vordenker, «und das ist gut so.»

Insofern stiess der Entscheid des Bundesrats, in Amerika drei Dutzend F-35-Tarnkappenbomber zu kaufen, nirgends im ganzen Land auf so grosse Zustimmung wie bei uns im unteren Gürbetal – Vordenker Locher war geradezu begeistert. Denn er hatte sofort erfasst, welch brillanter Schachzug Verteidigungsministerin Viola Amherd da gelungen war: «Dank der Tarnkappe kann unsere Luftwaffe künftig im Ausland trainieren und keiner merkt's, weder die Deutschen, die Italiener noch die Franzosen. Es wird ruhig in unseren Bergen, endlich können wir ohne Fluglärm wandern!», erklärte er: «Ja, wer weiss – vielleicht kauft

Amherd gar keine Bomber, sondern tut nur so als ob? Allein die Behauptung, wir verfügten über unsichtbare Angriffs-Flieger, verbreitet Angst und Schrecken weit über Vaduz hinaus! Dabei erhalten die Amis von uns weder Flugdaten noch Milliarden und können trotzdem nichts sagen, weil sie sonst ihr Tarnkappen-Geheimnis verraten.»

Das war der Moment, als wir erfassten, welch gewaltiges Potenzial in einer umfassenden Tarnkappen-Politik steckt: Finanzminister Ueli Maurer, unsichtbar bei den Steuerverhandlungen der G-20; Aussenminister Ignazio Cassis, undercover in Brüssel; Bundespräsident Guy Parmelin als Phantom bei der Uno in New York – bis sämtliche Steuerfahnder, die EU-Kommission, ja die ganze Welt vergessen haben, dass es uns überhaupt gibt: Die ganze Schweiz ein einziges unteres Gürbetal!

Wir strickten, die die Nadeln glühten – damit unsere Tarnkappen noch vor dem nächsten Bundesratsfoto fertig wurden.

Classe politique

Roger Köppel, Ehemann, ist offenbar privat wie politisch noch etwas auf der Suche. Zur «Ehe für alle» sagte der SVP-Mann im Nationalrat Ja, später dann Nein – und nun vielleicht doch wieder Ja. Jedenfalls twitterte Köppel diese Woche: «Ehe für alle: Kann ich dann auch meine superattraktive Cousine heiraten? Wenn ja, bin ich dafür!» Nun ja, Köppel kann, die Ehe unter Cousins gilt in der Schweiz nicht als Inzest. Und wenn er weiter so twittert, steigt wohl auch die Chance, dass ihm seine Frau den Weg weist.

André Simonazzi, Flohhüter, braucht im Sommer erhöhte Aufmerksamkeit. Der Vizekanzler musste am Dienstag feststellen,



Roger Köppel André Simonazzi

dass gleich vier der sieben Bundesräte ausser Landes waren. Und bekanntlich ist die Regierung nur beschlussfähig, wenn mindestens vier Bundesräte präsent sind. Was also, wenn ein Notfall eintritt? Natürlich müssen die Bundesräte auch im Ausland stets telefonisch erreichbar sein. Nach den Pannen von dieser Woche hoffen wir nur, dafür sei nicht die Swisscom zuständig.

Der Schein trügt

Die Kontrollen der Covid-Zertifikate auf dem Flughafen Zürich sind lückenhaft, entsprechend blüht der Handel mit gefälschten Dokumenten. Nun wird die Staatsanwaltschaft aktiv. Von René Donzé

Ferienzeit. Auf dem Flughafen Zürich stauen sich die Reisenden vor den Schaltern. Bis zu drei Stunden Wartezeit müsse man einplanen, sagen die Verantwortlichen. Grund sind vor allem die Kontrollen jener Zertifikate, die ausweisen sollen, dass man geimpft, genesen oder negativ getestet ist. Doch nicht alle gezeigten Papiere sind echt. Wer sich aus Protest dem System verweigert oder schlicht keine Zeit, keine Lust oder Möglichkeit hatte, sich zu impfen oder zu testen, kommt auf verschiedenen Wegen zu einer Fälschung.

Zum Beispiel bei Jack, der unter einem Pseudonym auftritt. Er gibt vor, Engländer zu sein – und Teil eines internationalen Netzwerks. «Wir arbeiten mit professionellen Ärzten, die grosse Fische in diesem Spiel sind», schreibt er mir via Messengerdienst Telegram. Sein Angebot: Innert weniger Stunden werde ich ein Zertifikat erhalten, mit dem ich ungehindert in die Ferien reisen kann. «Die Ärzte kümmern sich um den Registrierungsprozess», schreibt er. Er will meine Personalien, die zwei Daten und den Ort der vermeintlichen Impfungen. Als Beweis schickt er das Bild eines gelben WHO-Impfbüchleins, auf dem auch zwei Fünffigernoten zu sehen sind – wie, um seinen Schweizer Bezug zu unterstreichen. Auch das offizielle Schweizer Zertifikat könne er besorgen, behauptet er.

Jack ist einer von vielen, die sich derzeit auf Telegram und im Darknet tummeln und gefälschte Zertifikate anbieten. Das Interesse scheint vorhanden. Es gibt einschlägige Chats mit Hunderttausenden Abonnenten. Ein anderer Anbieter verspricht mir ein offizielles EU-Dokument. Davon habe er bereits mehrere in die Schweiz geliefert, gibt er an. Auf präzise Nachfragen reagiert er nicht mehr. Ob und in welcher Qualität die Dokumente dann auch beim Besteller ankommen, ist offen. 200 Euro sollte ich Jack überweisen. Tue ich nicht. Und so bleibt offen, ob er bloss blufft oder tatsächlich das System austricksen kann.

Polizei hat Fälschungen entdeckt

Sicher ist, dass Fälschungen kursieren. Professionell gefertigte und solche, die sich Leute selber zusammenbasteln. So wurde etwa auf WhatsApp ein Word-Dokument verbreitet, das einen negativen PCR-Test vorgaukelte. Es trägt den Briefkopf des Universitätsspitals Zürich (USZ) und «sieht tatsächlich aus wie eine Bescheinigung, die vom USZ-Testzentrum ausgestellt wurde», wie das Spital bestätigt. Allerdings sei diese so nicht mehr in Gebrauch.

Mittlerweile ist die Staatsanwaltschaft Zürich auf das Thema aufgesprungen. Ihr sei bekannt, dass Fälschungen angeboten werden, schreibt sie auf Anfrage. Dabei handle es sich um «Urkundendelikte, bei den Konstellation auch Vermögens- oder weitere Delikte». Zwar bestätigt die Staatsanwaltschaft laufende Ermittlungen nie. Doch hier handelt es sich um Offizialdelikte, die von Amtes wegen verfolgt werden müssen. Ein Sprecher der Kantonspolizei wiederum erklärt, man habe am Flughafen Fälschungen entdeckt und der Staatsanwaltschaft gemeldet: «Das Fälschen

Regeln für die Reise

Spanien
Wer aus der Schweiz nach Spanien in die Ferien will, muss im Internet lediglich ein Formular mit Personalien ausfüllen. Dann erhält er einen QR-Code, den er am Zoll vorweisen kann.

Zypern
Auch für Reisen nach Zypern braucht es nur einen sogenannten Cyprus Flight Pass, der im Netz erstellt werden kann.

Portugal
Griechenland
Portugal und Frankreich verlangen von Reisenden aus der Schweiz ein gültiges Covid-Zertifikat oder einen negativen PCR-Test, der nicht älter als 72 Stunden ist. Einzig Kinder unter 12 Jahren sind davon ausgenommen.

Italien
Griechenland
Auch wer nach Italien oder Griechenland in die Ferien will, muss ein Covid-Zertifikat haben. Für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren herrschen in den beiden Ländern spezielle Bestimmungen.



Lange Wartezeiten wegen Formalitäten: Reisende stehen am Samstag im Flughafen Zürich Schlange bei den Check-ins. (10. Juli 2021)

solcher Zertifikate und/oder das Verwenden dergleichen hat eine Strafanzeige an die zuständigen Untersuchungsbehörden zur Folge.» Die Zahl der am Flughafen Überführten lasse sich bisher allerdings «an zwei Händen abzählen», sagt eine gut informierte Person.

Schwachstelle ist der Mensch

Das es nicht mehr sind, hat mit Kapazitäten und Kompetenzen zu tun. Zuständig sind die Angestellten bei den Check-ins, und die werden überannt. Die Abfertigung muss schnell gehen. Geprüft wird bloss, ob die Passagiere alle nötigen Dokumente haben, die das Zielland verlangt und ob sie die geforderten Angaben beinhalten. «Wir führen keine Echtheitsüberprüfung der vorgewiesenen Dokumente durch», sagt Nathalie Berchtold, Sprecherin der Firma Swissport, die für die Abwicklung von rund 80 Prozent der Passagiere am Flughafen zuständig ist. Diese Prüfung der Echtheit obliege den staatlichen Organen wie Polizei oder Zollbehörden. In einzelnen Verdachtsfällen aber hätten Mitarbeiter schon die Polizei eingeschaltet. Kaum jemand wird bei der Ankunft kontrolliert. Die Kantonspolizei

sagt, das sei Sache der Airlines. Sie selber führe Stichproben durch. Eine grosse Mehrheit der Einreisenden verlässt den Flughafen also, ohne je ein Dokument gezeigt zu haben. In anderen Ländern nimmt man es genauer.

Stimmen die Behauptungen von Jack, würde ich ein echtes Schweizer Zertifikat erhalten, einfach mit falschen Angaben. Doch ist das möglich? Das zuständige Bundesamt für Informatik und Telekommunikation betont, das Dokument sei fälschungssicher. Und Anzeichen für Hackerangriffe auf das System gebe es nicht. Das einzige Einfallstor in das System sei der Mensch, sagt eine gut informierte Quelle. Autorisierte Personen müssten ihren Zugriff zum System missbrauchen, um Ungeimpften ein Zertifikat mit QR-Code zu verschaffen. Dabei gehen diese allerdings ein grosses Risiko ein. Jedes Zertifikat lässt sich auf den Aussteller zurückverfolgen. Fliegt er auf, riskiert der Arzt nicht nur eine Strafe, er könnte auch seine Berufsbewilligung verlieren. Urkundenfälschung kann mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden. Das gilt so wohl für die Hersteller von Fälschungen als auch für jene, die solche verwenden.

Jack ist einer von vielen, die sich derzeit auf Telegram und im Darknet tummeln und gefälschte Zertifikate anbieten.

Delta-Variante

Rückkehrer aus den Ferien verbreiten das Virus

Die Schweiz befindet sich auf dem Weg in die «Normalisierungsphase». Das ist diejenige Phase, in der sich alle impfen lassen konnten, die sich haben impfen lassen wollen. So steht es im Drei-Phasen-Modell, das der Bundesrat im letzten Frühling verabschiedet hat.

«Normalisiert» ist zurzeit aber längst nicht alles. Die Zahl der Personen, die in der Schweiz positiv auf das Coronavirus getestet werden, hat sich innerhalb der letzten sieben Tage verdoppelt. Am Freitag lag sie bei 323. Es ist absehbar, dass es so weitergeht. Die Reproduktionszahl, die anzeigt, wie sehr sich das Virus im Land verbreitet, liegt bei 1,45.

Dafür gibt es zwei Hauptgründe: Erstens die ansteckendere Delta-Variante des Coronavirus, die in den nächsten Tagen oder Wochen auch in der

Schweiz dominant wird. Und zweitens die Ferienreisenden und -rückreisenden, welche die Variante in der Schweiz zusätzlich verbreiten. «Die Zahl der importierten Fälle steigt, vor allem aus Spanien und Portugal», sagt ein Kantonsarzt, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will. Beat Lauper von der Zürcher Gesundheitsdirektion erklärte in der NZZ, dass gegenwärtig mehr als die Hälfte der positiv Getesteten Reise-rückkehrende seien, «vor allem aus Partydestinationen in Spanien und zum Teil auch aus Griechenland».

Zurzeit gelten Spanien und Portugal als europäische Corona-Hotspots – neben Zypern und Grossbritannien. In Spanien liegt die sogenannte Vierzehn-Tage-Inzidenz bei 295, in Portugal bei 288. Höher ist sie in Europa nur in Zypern (834) und Grossbritan-

nien (500). In der Schweiz beträgt sie 27. Die Vierzehn-Tage-Inzidenz berechnet sich aus den positiv getesteten Personen der zwei letzten Wochen im Verhältnis zu 100 000 Einwohnern eines Landes.

Wegen dieser Entwicklung haben beispielsweise die deutschen Behörden Portugal, Zypern und Grossbritannien diese Woche auf ihre Liste der «Hochinzidenz-Gebiete» sowie Spanien auf die einfachen Risikogebiete gesetzt. Das heisst: Wer aus diesen Ländern nach Deutschland einreist und nicht geimpft, genesen oder getestet ist, muss mindestens zehn Tage in Quarantäne.

In der Schweiz gilt diese Regelung nur für Grossbritannien (und ausserhalb von Europa für Indien und Nepal). Reisende und Rückkehrende aus allen anderen Ländern müssen hier nicht mehr

in Quarantäne. Auch müssen sie sich nicht testen lassen, es sei denn, sie reisen per Flugzeug und ohne Covid-Zertifikat ein. Überhaupt setzt der Bund bei Ferienreisen und -rückreisen vielmehr auf unverbindliche Empfehlungen als auf verbindliche Massnahmen. So sagt eine Sprecherin des Bundesamts für Gesundheit: «Die Praxis für die Einreisen wird zurzeit nicht geändert.» Und: «Der Bundesrat fordert ungeimpfte Personen auf, vorsichtig zu sein, auf eine Reise in ein Gebiet mit hoher

27

beträgt die sogenannte Vierzehn-Tage-Inzidenz der Corona-Fälle in der Schweiz. In Spanien ist sie zehnmal höher.

Inzidenz zu verzichten und sich bei der Rückkehr regelmässig zu testen.» Die Geimpften dagegen seien gegen die Delta-Variante des Coronavirus gut geschützt. Der Schutz der Impfung vor schweren Krankheitsverläufen und Todesfällen erweise sich sogar als sehr gut.

Der Bundesrat hat im eingangs erwähnten Drei-Phasen-Modell festgelegt, dass er neue Massnahmen erst prüft, wenn die 14-Tage-Inzidenz 450 übersteigt. Heute heisst es beim Bundesamt für Gesundheit dazu aber auch: «Ausschlaggebend für die Einschätzung der Lage ist nicht allein die Inzidenz, sondern sind auch deren Konsequenzen wie schwere Krankheitsverläufe, Hospitalisierungen und Todesfälle.» Alle diesen Indikatoren bewegen sich in der Schweiz zurzeit auf sehr tiefem Niveau. Lukas Häupfl